

Politikverdrossenheit und Medien

Daten und Reflexionen zu einem virulenten Problem

Horst Pöttker

Vieles, wenn nicht das meiste, was die Durchschnittsbürger einer komplexen Gesellschaft westlicher Prägung über Politik erfahren, stammt aus den Medien. Da diese Bürger die Subjekte demokratischer Politik sind oder zumindest sein sollten, liegt es nahe, Funktionsdefizite im politischen System solcher Gesellschaften auf die Medien zurückzuführen. Als wichtigstes Defizit, von dem sich andere Probleme herleiten, muß in einer Demokratie gelten, wenn die Bürger sich zu wenig für die politischen Fragen und Institutionen interessieren und sich zu wenig an den politischen Prozeduren beteiligen. Die Diskussion über Politik und Medien spitzt sich daher oft auf die Frage zu, ob und wie politische Abstinenz, auch „Politikverdrossenheit“ genannt, und das von Presse, Rundfunk oder Film gezeichnete Bild von der Politik miteinander zusammenhängen.

Meine Überlegungen zu dieser offenbar relevanten Fragestellung erfolgen in fünf Schritten.

1 Gibt es überhaupt Politikverdrossenheit?

Ich beziehe mich im folgenden auf die Gesellschaft der alten Bundesrepublik Deutschland bzw. nach 1990 die Bevölkerung der alten Bundesländer. Auf den *ersten Blick* lassen einschlägige demoskopische Daten hier auf eine ausgeprägte Politikverdrossenheit schließen. Abfällige und resignative Aussagen wie „Politik ist ein schmutziges Geschäft“ oder „Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluß darauf, was in der Politik geschieht“ finden die Zustimmung von deutlich über der Hälfte bis zwei Dritteln der Bevölkerung (Wildenmann 1989: 48).

Mit den Ohnmachtsempfindungen, die in solchen Daten zum Ausdruck kommen, wird sich eine Demokratie kaum zufriedengeben können. Jenseits des daraus resultierenden Reformdrucks ist für eine wissenschaftliche Analyse aber natürlich ein begründeter Maßstab unentbehrlich, ob von Politikverdrossenheit gesprochen werden kann oder muß. Interkulturelle Vergleiche sowie Vergleiche in der Zeitdimension ermöglichen zumindest eine *relative* Beurteilung.

Dabei ergibt sich auf den *zweiten Blick* ein völlig anderes Bild, das Zweifel daran aufkommen läßt, ob es das Phänomen der Politikverdrossenheit überhaupt gibt. Vor allem ist das *Interesse* für politische Vorgänge im Laufe von 40 Jahren kontinuierlich und erheblich gewachsen. Im Juni 1952 gaben nur 27 Prozent der Westdeutschen an, sich für Politik zu interessieren, im Juni 1972 waren es 44 und im Juni 1992 48 Prozent, nachdem der Anteil im März 1990 und im November 1991 bereits die vorläufige Höchstmarke von 65 bzw. 64 Prozent erreicht hatte (Noelle-Neumann/Köcher 1993: 617 f.).

Aber nicht nur das Interesse an der Politik ist mit der Entwicklung der Bundesrepublik stärker geworden, sondern auch die *tatsächliche Kenntnis* über das politische System, was im Allensbacher Jahrbuch z.B. daran deutlich wird, daß 1969 nur 43 Prozent der Bevölkerung richtige Angaben über die Zusammensetzung des Bundesrats machen konnten, während es 1980 bereits 64 und 1988 sogar 72 Prozent waren (Noelle-Neumann/Köcher 1993: 655).

Hinzu kommt, daß im Vergleich zu vielen anderen westlichen Ländern die bei Umfragen bekundete allgemeine Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland besonders hoch ist, allerdings mit einer etwas absinkenden Tendenz von um die 80 Prozent Ende der 70er Jahre zu etwa 70 Prozent in den 80er Jahren. In den meisten EU-Ländern liegt diese Zufriedenheitsrate nur um die 50 Prozent (Wildenmann 1989: 54).

Das stetige Wachstum des politischen Interesses und der Teilnahmewilligkeit an den demokratischen Prozeduren erklärt Elisabeth Noelle-Neumann als langfristigen kulturellen Lernprozeß nach der Prägung durch die NS-Diktatur (vgl. Noelle-Neumann/Köcher 1993: 635-641). Und Rudolf Wildenmann hat die hohe Demokratiezufriedenheit im internationalen Vergleich mit der geographischen und kulturellen Nähe zur DDR erklärt, die den Westdeutschen permanent den Wert der Grundrechte auf Freizügigkeit, Meinungsfreiheit, freie und geheime Wahlen usw. vor Augen geführt habe (vgl. Wildenmann 1989: 55). Beide Interpretationen, die ja gemeinsam haben, daß sie auf die besondere deutsche Erfahrung mit dem Gegenteil von Demokratie zurückgreifen, scheinen mir plausibel.

Ist die Politikverdrossenheit also ein Hirngespinnst übereifriger Partizipationstheoretiker? Schaut man sich auf den *dritten Blick* die Daten genauer an, an denen der Wandel der Einstellungen zu den *politischen Institutionen* in den vergangenen zwei, drei Jahrzehnten erkennbar wird, dann muß die radikale Revision der These von der Politikverdrossenheit wiederum revidiert werden: Beispielsweise zeigt sich ein deutlicher *Prestigeverfall des Politikerberufs*. Und vor allem zeigt sich, daß das Vertrauen in die vom Kalkül der *Parteipoli-*

tik beherrschten Institutionen Bundestag und Bundesregierung seitdem geringer geworden ist, während in Institutionen wie Bundesverfassungsgericht, Bundespräsident oder Bundesrat von den Bürgern gleich viel oder sogar mehr Vertrauen gesetzt wird als vor zwanzig Jahren (vgl. Noelle-Neumann/Köcher 1993: 652 f., 659-660).

Gibt es also Politikverdrossenheit? Diese Frage muß aufgrund reichlich vorhandener empirischer Daten eindeutig mit Ja beantwortet werden, wenn man darunter ein *wachsendes Mißfallen an dem konkreten, öffentlich sichtbaren Vollzug von Politik durch die Parteien* und ihre typischen Vertreter sowie an dem als zu gering eingeschätzten Einfluß der Bürger auf diese Praxis versteht, *nicht* eine generelle Unzufriedenheit mit den Ideen der Demokratie und ihrer parlamentarisch-repräsentativen Grundordnung.

Schärfer formuliert und bereits etwas interpretiert: Gerade *weil* die demokratische Grundordnung und die Ideen von Freiheit und Selbstbestimmung mittlerweile akzeptiert und internalisiert sind, entwickelt sich eine wachsende Verdrossenheit über die politische Praxis, die den Anforderungen der demokratischen Grundwerte nicht gerecht wird oder nicht gerecht zu werden scheint.

Das klingt nun freilich so, als wollte ich gegenwärtige oder zukünftige Politikverdrossenheit als notwendiges Ergebnis eines durchaus realistischen kulturellen Lernprozesses beschreiben, der sich zwangsläufig aus den Faktizitäten der Zeitgeschichte ergibt. Was könnte die geschilderte Politikverdrossenheit gleichwohl mit dem von den Medien hergestellten Bild von der Politik zu tun haben? Bemerkenswert ist, daß die auf Entfremdung und Verdrossenheit hinweisenden Daten Aspekte der Politik wie Parteien, Wahlkämpfe und den Politikerberuf betreffen, die mehr für das von den Medien hergestellte *öffentliche Bild* von der Politik stehen als für ihren *faktischen Output*. Dies ist ein kaum übersehbarer Anhaltspunkt dafür, daß die besondere Spielart von Politikverdrossenheit, mit der wir es gegenwärtig zu tun haben, eben *auch* mit der politisch relevanten Medienberichterstattung zusammenhängt.

2 Sozialwissenschaftliche Daten zum Zusammenhang zwischen Politikverdrossenheit und Mediennutzung

Wie nicht anders zu erwarten, hat unsere Forschungsfrage in den Vereinigten Staaten, wo ein Rückgang des Vertrauens in die demokratischen Institutionen und ein Anwachsen politischer Ohnmachtsempfindungen schon seit den 50er Jahren beobachtet wird, eine längere Tradition als in der Sozialwissenschaft hierzulande. Michael J. Robinson formulierte Mitte der 70er Jahre die These von der „Videomalaise“ (vgl. Robinson 1976), nach der „das Fernsehen durch eine spezifische Darstellung von Politik bei den Personen, die sich zu ihrer politischen Information ausschließlich oder überwiegend auf dieses Medium verlassen, politische Entfremdung hervorruft oder verstärkt“ (Holtz-Bacha 1990: 11). Robinson selbst hat allerdings nur unzureichende empirische Belege für die These von der Videomalaise bei-

bringen können, und andere nordamerikanische Untersuchungen, die strengen empirischen Standards genügen - und in denen die Frage nach dem Zusammenhang von politischer Abstinenz und Mediennutzung im Zentrum steht - sind rar. Es ist das Verdienst der deutschen Kommunikationswissenschaftlerin Christina Holtz-Bacha, die verstreuten amerikanischen Befunde zusammengetragen und im Anschluß daran Ende der 80er Jahre eine der ganz wenigen auf unsere Forschungsfrage konzentrierten empirischen Studien vorgelegt zu haben (vgl. Holtz-Bacha 1990).

Wichtig ist, daß sie nicht nur zwischen Presse- und Fernsehnutzung unterscheidet, sondern auch zwischen der Nutzung mehr *informativer* und mehr *unterhaltender* Inhalte aus beiden Medien. Dabei zeigt sich, daß es weniger die Fernsehnutzung als die *Unterhaltungsorientierung* ist, die mit einem schlechten Bild von der Politik und geringerer Partizipationsbereitschaft korreliert. „Im Vergleich verschiedener Nutzertypen erweisen sich Personen, die viel politische Informationen in beiden Medien nutzen, als am wenigsten entfremdet.“ Jenseits dieses grundlegenden Umstands ist es für den informationsorientierten Nutzertyp dann allerdings auch noch die stärkere Zuwendung zum Fernsehen, die mit stärkerer politischer Apathie zusammenhängt (Holtz-Bacha 1990: 151).

Damit ist nun natürlich über eine *Kausalitätsbeziehung* noch nichts gesagt. Bewirken unterhaltungsorientierte Mediennutzung und Fernsehpräferenz eine Neigung zur Politikverdrossenheit, oder ist es umgekehrt so, daß eine Neigung zur politischen Apathie zur Bevorzugung unterhaltsamer Medienangebote und des insgesamt unterhaltsameren Mediums Fernsehen führt? Analysen zur Beantwortung dieser Frage fehlen. Wir sind daher auf mehr oder weniger plausible Überlegungen angewiesen, für die ein erweiterter sozial- und politikwissenschaftlicher Horizont von Nutzen ist.

Drei Argumente erscheinen mir wichtig. Das erste betrifft die These, daß eine bereits vorhandene Politikverdrossenheit - etwa im Sinne des viel zitierten Motivs der Wirklichkeitsflucht - zur Bevorzugung unterhaltsamer Medienangebote und des Fernsehens führt. Sie zieht zwangsläufig die Frage nach sich, woher ein von der Mediennutzung unabhängiges Wachstum der Politikverdrossenheit sonst kommen soll? Der faktische Output des politischen Systems gab in den 80er Jahren, als das Phänomen der Politikverdrossenheit sich entwickelte, wenig Anlaß zur Unzufriedenheit, vielleicht mit Ausnahme des sozialen Problems Arbeitslosigkeit.

Zweitens ist schwer vorstellbar, wie angesichts der am Anfang erwähnten Schlüsselrolle der Medien für das Bild der Bürger von der Politik deren negative Einstellung ohne den Faktor öffentliche Kommunikation zustande kommen soll.

Das dritte Argument ist ein nahezu methodisches. Denn in aller Regel handelt es sich bei zwei miteinander zusammenhängenden Merkmalen, zwischen denen eine Kausalitätsrichtung nicht eindeutig bestimmbar ist, um *Wechselwirkungen*. Wenn es aber eine Wechselwirkung zwischen Politikverdrossenheit und bevorzugt rezipierten Medieninhalten gibt, dann spielen letztere für die Entstehung von politischer Apathie zumindest eine gewisse Rolle.

Interessant ist der mindestens verstärkende Einfluß, den die (Fernseh-)Unterhaltung auf die Politikverdrossenheit zweifellos hat, vor allem im Hinblick auf die Medienentwicklung seit Mitte der 80er Jahre. Die Zunahme der Politikverdrossenheit hat sich ja etwa gleichzeitig mit dem Trend zum „Infotainment“, zur Vermischung von Information und Unterhaltung im Rundfunk vollzogen, der besonders in den Radioprogrammen bereits in den 70er Jahren, also schon vor der Öffnung für die Privaten begonnen hat.

Besonders das Ergebnis Holtz-Bachas, daß die Nutzung des gegenüber den Printmedien an sich schon unterhaltameren Mediums Fernsehen zu politischen Informationszwecken mit geringerer Partizipationsbereitschaft als die informationsorientierte Nutzung vorwiegend des Mediums Presse korreliert, läßt die Strategie, über eine unterhaltamere Präsentation von Politik zu mehr Vertrautheit mit den demokratischen Institutionen und mehr demokratischer Aktivität beizutragen, als wenig aussichtsreich erscheinen.

Um zu verstehen, warum z.B. eine zunehmend unterhaltsame, weil an maximalen Einschaltquoten orientierte Politikdarstellung in Hörfunk und Fernsehen zu Politikverdrossenheit im Publikum beitragen kann, bedarf es konkreterer Überlegungen zu den Mustern der Präsentation und Selbstpräsentation von Politik in den Medien, wie sie sich in der Geschichte der Bundesrepublik herausgebildet haben und heute vor allem auf den deutschen Bildschirmen zeigen.

3 Politische Steuerung der Medien als Ursache für Politikverdrossenheit

Solche Muster sind Ergebnisse von Wechselwirkungen zwischen Mediensystem und politischem System. Ich konzentriere mich zunächst auf die Einflüsse, die die Politik auf die und in den Medien hat.

Der Antrieb für diese Einflüsse ist in einer parlamentarischen Demokratie der Dauerwunsch der Politiker, gewählt zu werden. Das Augenmerk der Politiker gilt also fortwährend dem Ziel, den Wählern kompetent und sympathisch zu erscheinen. Weil aber die Wähler die Politiker überwiegend aus dem Lautsprecher oder auf dem Bildschirm wahrnehmen, verfolgen diese ihr Ziel mit Vorliebe über den Rundfunk, besonders über das Fernsehen. Zumal die öffentlich-rechtlichen Fernsehnachrichten sind von der Selbstdarstellung der Spitzenpolitiker und Parteien geprägt und zeichnen „das Bild einer stark personalisierten politisch-administrativen Oligarchie mit hoher Sachkompetenz und Krisenbewältigungsfähigkeit“ (Schatz u.a. 1981:102).

Wenn ich im folgenden nicht mehr frage, ob eine solche Berichterstattung zur Politikverdrossenheit beiträgt, sondern nur noch, *wie* das geschieht, unterstelle ich allen Medien und besonders dem Fernsehen als Instanzen der politischen Sozialisation über längere Zeiträume hinweg einen einerseits allmählichen, andererseits aber auch tiefgreifenden Einfluß auf die politische Kultur. Damit ist nach den Erkenntnissen der modernen Sozialisationsforschung verbunden, daß das Fernsehen seine politisch relevanten Inhalte nicht einfach auf das

Publikum überträgt, sondern das Publikum sich politische Einstellungen und Handlungsweisen aus dem Medium *aneignet*, indem es dessen Informations- und Meinungsangebot interpretiert. Das wiederum bedeutet in bezug auf den Beitrag des Fernsehens zur Politikverdrossenheit, daß es sich dabei um *unbeabsichtigte* Einflüsse des Fernsehens auf die politische Kultur handeln kann, die sich u.U. sogar gegen die Intentionen und Interessen von Politikern oder Journalisten durchsetzen.

Ich beginne mit den unterhaltsamen Aspekten der Selbstpräsentation von Politik im Fernsehen, denn Holtz-Bacha hat ja festgestellt, daß die Unterhaltungsorientierung bei der Mediennutzung mit Politikverdrossenheit zusammenhängt. Eins von mehreren Ritualen der Politikpräsentation, die es schon vor dem Fernsehen gab, die das Medium aber weiter verbreitet und verstärkt hat, spekuliert auf „human interest“: Viele Politiker lassen sich gern als Privatpersonen mit alltäglichen Eigenschaften und Empfindungen auf dem Bildschirm zeigen. Welche Unterhaltungsshow im Fernsehen kommt heute ohne politische Prominenz aus, die über ihre Hobbys, ihre Familie, ihre Kindheit, ihre privaten Vorlieben und Abneigungen plaudert oder die einfach nur im Publikum sitzt, auf das die Kamera immer wieder einmal schwenkt, und sich amüsiert.

Wieso können solche Rituale der unterhaltsamen Präsentation von Politik im Fernsehen, die doch gerade auf *Loyalitätssicherung* gerichtet sind, zur Politikverdrossenheit beitragen? Dort, wo Politik unterhaltsam, aber letztlich belanglos dargestellt wird oder sich selbst so darstellt, muß der Rezipient sie eines Tages auch für belanglos halten. Günter Rohrbach hat das kürzlich in der „Süddeutschen Zeitung“ so formuliert: „Richtig ist, daß die meisten von uns Politik als eine endlose Abfolge von Bildern und Sätzen erfahren, vermittelt durch das Fernsehen. Zwar dringen politische Entscheidungen gelegentlich auch in unsere Lebenswirklichkeit ein, etwa in der Form von Steuererhöhungen. Doch wer nicht gerade von Arbeitslosigkeit bedroht ist, ein Asylantenheim vor der Haustür oder ein unerwünschtes Kind im Bauch hat, die Mehrheit also, der muß Politik als ein gigantisches Arrangement empfinden, hergerichtet zum alltäglichen Konsum.“ (Rohrbach 1995) Es ist nicht sehr weit von der Empfindung, die Rohrbach schildert, bis zu der Vorstellung, Politik sei nicht nur ein etwas unseriöses, sondern gar schmutziges Geschäft, zu der sich so viele Bürger bei Umfragen bekennen.

Noch eine Bemerkung zu den auf Parteien- und Politikereinfluß zurückgehenden *Positivmeldungen*, die sich in den Medien reichlich finden. Aufschlußreich dazu ist, was beispielsweise Helmut Klages über die affirmative Selbstdarstellung des Staates sagt, die von den politischen Repräsentanten unter Umständen unbeabsichtigt gestaltet wird (vgl. Klages 1981). Seine These lautet: Politiker neigen dazu, die Zuständigkeit für Probleme zu übernehmen, für die sie gar nicht verantwortlich sind. Auf diese Weise wecken sie Erwartungen in den Staat, die zu erfüllen er nicht in der Lage ist, was langfristig zu Unzufriedenheit mit den Parteien und irgendwann auch mit dem politischen System führen muß.

Diese Tendenz zur nicht erfüllbaren Selbstdarstellung der Politik wird durch die Massenmedien zweifellos noch verstärkt. Das gilt zumal für das aktuelle Bilder-Medium Fernsehen, dem das Publikum besonders traut und das besonders wirksam ist. Gerade das Fernsehen dürfte dadurch zur Politikverdrossenheit beitragen, daß es die Spitzenpolitiker über den im parlamentarischen System ohnehin vorhandenen Stimulus hinaus noch zusätzlich zu einer Vollmundigkeit verführt, die dem Publikum weit mehr verspricht, als Parteien und Staat leisten können.

Wie vertragen sich nun solche Überlegungen (vgl. Pöttker 1988), die ja vor allem die politisch gesteuerte herkömmliche *Politikberichterstattung* zu betreffen scheinen, mit den erwähnten Forschungsergebnissen, nach denen Politikverdrossenheit eben nicht mit der bevorzugten Nutzung medialer *Information*, sondern mit einer verbreiteten *Unterhaltungsorientierung* im Publikum zusammenhängt? Professionelle Standards des Informationsjournalismus wie Unabhängigkeit, Sachhaltigkeit, Wahrhaftigkeit und Genauigkeit könnten den soeben beschriebenen kontraproduktiven Wirkungsmechanismen der medialen Selbstdarstellung von Politikern und Parteien gewisse Grenzen setzen. Die Vollmundigkeit der Spitzenpolitiker, die Kritikrhetorik der Parteien aneinander und die unterhaltsame Ritualisierung politischer Vorgänge kommen dort in den Medien besonders stark zum Zuge, wo sie wenig oder gar nicht durch spezifische Kompetenzen und Traditionen des Journalistenberufs gezügelt werden.

4 Wachsende Autonomie des Mediensystems und Politikverdrossenheit

Trotz der Einflüsse, die Staat und Parteien auf alle Medien, besonders aber den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nehmen und auch in Zukunft nehmen werden, hat Otfried Jarren wohl recht, wenn er die These wagt: „[A]us dem vormals eher als teilautonom definierten Mediensystem entwickelt sich mehr und mehr ein funktionelles gesellschaftliches Teilsystem mit einem hohen Maß an Autonomie und Eigensinn. Es läßt sich immer weniger auf politisch-gesellschaftliche Ziele verpflichten.“ (Jarren 1994: 9) Wie könnte die wachsende Autonomie des Mediensystems mit der Politikverdrossenheit zusammenhängen?

Um diese Frage zu beantworten, muß man sich vergegenwärtigen, *welche* Eigengesetzlichkeiten im Mediensystem wirksam sind. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit nenne ich drei: die *innere Ausdifferenzierung des Mediensystems* selbst; die in einer Demokratie gesetzlich vorgesehene und zum Selbstverständnis des Journalistenberufs gehörende *Kritik- und Kontrollfunktion* der Medien gegenüber dem politischen System, insbesondere der Exekutive und den aus der privatwirtschaftlichen Produktionsgrundlage sich ergebenden *Antrieb zur Publikumsmaximierung*.

4.1 Innere Ausdifferenzierung des Mediensystems

Im Hinblick auf das Phänomen der Parteienverdrossenheit erscheint an diesem Prozeß bedeutsam, daß in seinem Verlauf auch die Politik, die in der Demokratie als eine *jeden Bürger* betreffende und daher interessieren-sollende Diskussions- und Entscheidungssphäre begriffen wird, zunehmend als ein „*special interest*“ erscheint, das nur einen bestimmten, eben an politischen Fragen interessierten und bei der Mediennutzung informationsorientierten Teil der Bevölkerung angeht. Wo die Politik zum konstitutiven Thema einer Mediensparte, nämlich der Nachrichtenmagazine und -kanäle wird, mögen politisches Interesse und Partizipationsbereitschaft beim Minderheitenpublikum, an das diese Mediensparte sich wendet, eine publizistische Förderung erfahren. Bei den durch die Mediennutzung mehr nach Unterhaltung suchenden Rezipienten jedoch, die bekanntlich in der Mehrheit sind, dürfte sich der Eindruck vertiefen, daß es sich hier um einen von ihrer eigenen Lebenswirklichkeit abgehobenen Strukturbereich handelt, auf den sie selbst wenig Einfluß haben.

4.2 Kontrollaufgabe und Wächteramt

Es hat seine Berechtigung, wenn der frühere „Spiegel“-Chefredakteur Hans Werner Kitz auf den stereotypen Vorwurf von Politikern, es seien verantwortungslose journalistische „Schnüffler“, die die Hauptschuld an der Politikverdrossenheit trügen, mit dem „natürlichen“, für eine Demokratie sozusagen konstitutiven „*Spannungsverhältnis zwischen Politik und Presse*“ antwortet (Kiltz 1995). Bemerkenswert ist, daß Kiltz sich dabei nicht *nur* auf das Wächteramt, sondern auch auf *Fakten-treue* und *Dokumentationspräzision* beruft. Gegenüber einer von der Mainzer Schule der Publizistikwissenschaft vorgetragenen Journalismuskritik, die davon ausgeht, daß *entweder* soziale und politische Emanzipation *oder* objektive Berichterstattung das Selbstverständnis der Medienberufe dominieren (vgl. Kepplinger 1979; Donsbach 1987; Noelle-Neumann/Köcher 1993: 361-367), vertritt der ehemalige Chefredakteur des Deutschen Nachrichten-Magazins nach nordamerikanischem Vorbild das Konzept der Emanzipation *durch* Objektivität. Sofern dieses Konzept von Journalisten befolgt wird, mögen zwar ihre Produkte zur Verdrossenheit über Parteien und Politiker beitragen. Die Verantwortung dafür tragen dann aber die Parteien und Politiker selbst, insofern sie für ihre von den Journalisten bloß *aufgedeckten* Fehlleistungen verantwortlich sind.

Ist es also bloß eine aus der Luft gegriffene Behauptung zum Zwecke des Selbstschutzes, wenn ein ostdeutscher Bundestagsabgeordneter wie Konrad Weiß vom „Bündnis 90“ sich mit drastischen Worten darüber beklagt, daß bei Politikern „Persönliches ungehemmt öffentlich wird“? (Weiß 1993) Konrad Weiß spricht, so scheint mir, etwas Wahres an, das durch den ebenfalls richtigen Hinweis auf das Wächteramt der Journalisten leicht zugedeckt wird. Auffällig ist nämlich, daß sich die Kritik der Medien in den letzten Jahren zunehmend darauf richtet, wie der Verkehrsminister mit Hilfe des Arbeitsamtes seine Putzfrau finanziert, während seine verkehrspolitischen Entscheidungen von der Medienkontrolle ziemlich unbehelligt bleiben. Diese Konzentration der öffentlichen Wachhunde auf die Persönlich-

keitssphäre der Politiker stimmt mit den demoskopischen Befunden überein, daß die akute Politikverdrossenheit eine Unzufriedenheit mehr mit den Politikern und ihrem persönlichem Verhalten ist als beispielsweise mit der Verkehrspolitik.

Woran liegt es, daß die Politikerperson höher auf der Agenda auch des aufklärungsbewußten Wächter-Journalismus steht als beispielsweise die Frage, welche konkreten Folgen bestimmte politische Weichenstellungen in Bonn oder Berlin für den einzelnen Bürger haben? Erstens zeigt sich hier die zunehmende *Überforderung* des politischen Journalismus durch seinen immer komplizierter und undurchschaubarer werdenden Gegenstand. Wichtiger als die gängige Debatte über zuviel „political correctness“ wäre eine Debatte darüber, ob und wie die öffentliche Kritik an der zum Skandalon gewordenen politischen Prominenz eine z.B. für den funktionalen Ausgang von Wahlen erforderliche öffentliche Kritik an der *Politik* verdrängt. Insofern ist Politikverdrossenheit, die durch skandalöse Enthüllungen der Medien verursacht wird, eben doch nicht ganz unbedenklich, auch wenn diese Enthüllungen in der Sache zutreffen.

Indes läßt sich für die Tendenz zum *Skandaljournalismus* natürlich noch eine zweite Ursache ausmachen, die sich ganz aus der Eigendynamik eines kommerziellen Mediensystems ergibt.

4.3 Ökonomischer Zwang zur Publikumsmaximierung

Konrad Weiß hat in seiner für einen Politiker sonst nicht untypischen Medienschelte fairerweise nicht vergessen, auf diese strukturelle Ursache hinzuweisen: „Im diamantharten Medienmarkt hat nur der eine Chance, der schneller, härter, hemmungsloser ist. Auch das Intimste wird erforscht und präsentiert und steigert Auflagen und Einschaltquoten.“ (Weiß 1993) Wenn ein zur Politikverdrossenheit beitragender Voyeurismus der Medien mit ihrer kommerziellen Produktionsgrundlage zusammenhängt, die sie antreibt, im Interesse optimaler Werbeeinnahmen ein maximales Publikum zu erreichen, dann müßten sich Fälle von Sensationsberichterstattung über Politiker, bei denen der Skandal nicht nur in der Sache liegt, sondern auch durch die „Berichterstattung“ inszeniert wird, am leichtesten in den konsequent durchkommerzialisierten Straßenverkaufszeitungen („Boulevardpresse“) finden lassen. Ich mußte nicht lange in der „Bild“-Zeitung suchen. Am 7. Februar 1995 stand dort folgender Aufmacher. Headline: „Politiker hat kein Mitleid mit treuer Sekretärin“. Dann in Balkenlettern: „Brustkrebs? Gefeuert“. Und dann der Text: „Nach einundzwanzig Jahren treuer Dienst für den Bundestag steht die Bonner Parlaments-Assistentin Helga B. (55) auf der Straße - arbeitslos. Ihr Chef, der Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Europa-Ausschusses, Norbert Wiczorek (54), kündigte ihr den Arbeitsvertrag - und das, obwohl der Politiker von seiner Mitarbeiterin weiß: Ein Jahr zuvor hatten Ärzte Brustkrebs diagnostiziert, eine Operation angeordnet!“ Mehr erfährt man auf Seite 2: „Der SPD-Abgeordnete erklärt gegenüber Bild den Grund für die Kündigung: sie war den Anforderungen nicht mehr gewachsen, konnte den Job als Büroleiterin nicht weiter machen.“

Hier war BILD auf der Suche nach persönlichem Fehlverhalten von Politikern also wieder einmal fündig geworden und publizierte den „Skandal“ als den unübersehbaren Lesermagneten dieser Ausgabe auf dem Titelblatt. Für den Leser, der sich die Mühe macht umzublättern und sich einer konzentrierten Lektüre des ausführlichen Berichts auf Seite 2 unterzieht, entpuppt sich der Vorgang freilich als weniger eindeutig. Dieser „Skandal“, bei dessen Darstellung sich „Bild“ in populistischer Weise mit der vom Schicksal getroffenen Sekretärin identifiziert hat, ließe sich ja auch aus dem ganz anderen Blickwinkel derjenigen betrachten, die dem Abgeordneten sein Mandat übertragen haben und erwarten dürfen, daß er es mit optimaler Effizienz wahrnimmt.

An dem kurzen Anreißer-Text auf der Titelseite fällt allerdings noch mehr auf: Kaum vorstellbar, daß zu Lebzeiten Axel Springers, der neben kommerziellen auch politische Ziele verfolgte und aus seinen konservativen parteipolitischen Neigungen kein Geheimnis machte, die SPD-Zugehörigkeit des der Unmenschlichkeit überführten Spitzenabgeordneten nicht bereits auf der Titelseite erwähnt worden wäre. Zehn Jahre nach dem Tod des Konzerngründers ist das so. Der gründliche Leser (und welcher „Bild“-Leser ist schon gründlich?) erfährt erst nach dem Umblättern, welcher Partei der fehlsame Abgeordnete angehört. Dafür wird er in den wenigen Sätzen auf der Titelseite gleich dreimal mit der Berufsbezeichnung „Politiker“ charakterisiert, davon einmal in der Headline: „Politiker hat kein Mitleid mit treuer Sekretärin“!

Eine politische Ambition ist hier nicht (mehr) zu erkennen. Die Boulevardpresse bedient weitverbreitete *Vorurteile* über Politiker, um Auflage und Werbeeinnahmen zu steigern. Daß die Vorurteile dadurch vertieft und verfestigt werden, ist eine zwar wohl nicht beabsichtigte, aber kaum vermeidbare Nebenfolge der journalistischen Orientierung am kommerziellen Erfolg.

Melvin De Fleur hat vom „low taste content“ der nordamerikanischen Medien gesprochen, der den Bedürfnissen des Mehrheitspublikums nach oberflächlicher Unterhaltung sowie seinem „seichten Geschmack“ entgegenkomme und diese langfristig perpetuiere (vgl. De Fleur 1972: 155-172). Meine durchaus ähnlich angelegte These ist etwas bescheidener, indem sie nicht irgendeinen schlechten Geschmack des Mehrheitspublikums als Prämisse setzt, sondern lediglich die durch demoskopische Daten recht gut belegbare Parteien- und Politikerverdrossenheit in der Bevölkerung. Wenn das so ist, dann müssen wir annehmen, daß kommerzielle Medien dieses problematische Element unserer politischen Kultur aufgreifen und dadurch nolens volens verfestigen und vergrößern. *Politikverdrossenheit* und sensationelle *Skandalberichterstattung* bedingen sich gegenseitig, mehr noch: *schaukeln sich gegenseitig auf*.

5 Was läßt sich gegen die mediale Erzeugung von Politikverdrossenheit unternehmen?

Manche Politiker beantworten diese Frage mit der Forderung, die staatliche Kontrolle der Medien zu verstärken. Oskar Lafontaine hat als Antwort auf die Enthüllung seiner fragwürdigen Pensionsbezüge und Unterwelt-Kontakte nicht nur von „Schweinejournalismus“ gesprochen, sondern auch das saarländische Pressegesetz ändern lassen. „Gegendarstellungen dürfen seitdem im Staate Lafontaines nicht mehr in derselben Ausgabe einer Zeitung kommentiert werden, in der sie abgedruckt werden müssen.“ (Voigt 1995: 19)

Dem Ruf nach mehr staatlicher Medienkontrolle pflegen Journalisten entgegenzuhalten, daß schärfere Pressegesetze von den jeweiligen Machthabern gegen die Meinungsfreiheit mißbraucht werden können. Im Kontext des Themas Politikverdrossenheit erscheint der Hinweis wichtiger, daß mehr politischer Einfluß auf die Medien keineswegs das Vertrauen in Regierungen oder Parteien stärken muß, sondern oft gerade das Gegenteil bewirkt, weil das Publikum die dahinterliegende Absicht (Sympathiewerbung) erkennt. Wenn Lafontaine mit der Änderung des Presserechts für sich die Möglichkeit erzwingt, auf Enthüllungen seines Fehlverhaltens in Zukunft mit unkommentierter Gegendarstellung antworten zu können, fördert er damit eine rituelle Ausgewogenheit in den Medien, von der anzunehmen ist, daß sie aufgrund ihrer kritischen Aneignung durch den Leser oder Zuschauer dessen Politikverdrossenheit fördert.

Wegen der angedeuteten Probleme einer externen (staatlichen) wie einer internen, von Verleger- und Berufsverbänden veranstalteten Medienkontrolle erscheint es ratsam, nach anderen Faktoren zumal in den ökonomischen und organisatorischen Produktionsgrundlagen der öffentlichen Kommunikation Ausschau zu halten, die der Parteienverdrossenheit entgegenwirken könnten. Man kann natürlich die von mir bisher praktizierte Argumentationsweise auch umdrehen und nicht mehr nach Zusammenhängen zwischen Medien und Politikverdrossenheit, sondern zwischen öffentlicher Kommunikation und politischer Partizipationsbereitschaft fragen. Ich beschränke mich auf wenige Bemerkungen in der Reihenfolge der vorangegangenen Abschnitte:

Holtz-Bachas Untersuchung ergibt nicht nur eine Korrelation zwischen Unterhaltungsorientierung und politischer Entfremdung, sondern komplementär dazu auch zwischen *Informationsorientierung* und *aktivem politischem Bewußtsein*. Die Ausweitung des Informations- auf Kosten des Unterhaltungsanteils am gesamten Programmangebot des Fernsehens beispielsweise wäre daher ein probates Mittel, der Politikverdrossenheit entgegenzuwirken. Dabei müßte allerdings beachtet werden, daß die politische Information im Zuge der Segregation des Programmangebots nicht zu einem „special interest“-Thema für eine kleine Gruppe von Polit-Experten wird.

Eine Inspektion von Programmustern, die durch die Abhängigkeit des Mediensystems vom politischen System entstehen, mit der Begrifflichkeit der Sozialisationsforschung zeigt,

daß ein starker Einfluß der Parteien zumal auf den Rundfunk wahrscheinlich kontraproduktive Seiten hat, weil er ironischerweise zum schlechten Image der Politiker beiträgt. Das Rezept, um von dieser Seite der Politikverdrossenheit entgegenzuwirken, zielt auf den *Stopp des Parteieneinflusses* in den Medien. Eine gesetzliche Einschränkung des Parteieneinflusses im öffentlich-rechtlichen Rundfunk müßte allerdings wiederum von den Parteien gewollt und durchgesetzt werden. So betrachtet ist die Politikverdrossenheit teilweise eben doch nur eine realistische Unzufriedenheit mit der allzu mächtigen Stellung der Parteien im politischen System der Bundesrepublik.

Was die Eigendynamik des Mediensystems angeht, ist der ökonomisch bedingte Zwang zur Publikumsmaximierung gegenwärtig zweifellos der problematischste Faktor, weil er eine bereits vorhandene Politikverdrossenheit fortsetzt und verstärkt. Aus dieser Perspektive sollte alles gefördert werden, was eine weitere *Ökonomisierung des Mediensystems* bremst: z.B. die Bewahrung der Reste des nur teilkommerziellen öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die Gründung gemeinnütziger Zeitschriftenprojekte und die Entwicklung nicht-kommerzieller Radioinitiativen.

Mein Versuch, die verschiedenen Argumentationslinien in einem sehr knappen Fazit zu bündeln, mündet in die These, daß die alte Struktur des bundesdeutschen Mediensystems bis Mitte der 80er Jahre mit „Integrationsprogrammen“ und relativ reduzierter kommerzieller Konkurrenz cum grano salis wohl recht günstig war, um politische Partizipation zu fördern. Das Körnchen Salz war der in den 70er Jahren überhand nehmende Parteieneinfluß im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Die Mehrheitsparteien der Landesparlamente haben sich dann unabsichtlich selbst zurückgenommen durch die Öffnung des Rundfunks für privatwirtschaftliche Programmanbieter. Das hat einen *Kommerzialisierungsschub* im gesamten Mediensystem ausgelöst, von dem wir annehmen müssen, daß er die *Politikverdrossenheit entscheidend begünstigt* hat. Die Politiker, die heute die Ursache für ihr schlechtes Image bei den Journalisten und ihrem beruflichen Selbstverständnis suchen, haben sich mit der „Deregulierung“ des Rundfunks einen Bärenienst erwiesen. Den absoluten Geist des Mediengeschäfts, den mancher von ihnen heute gern wieder los wäre, haben sie selbst gerufen.

Literatur

- De Fleur, Melvin L. (1972): *Theories of Mass Communication*. 2. Auflage, New York.
- Donsbach, Wolfgang (1987): *Journalismusforschung in der Bundesrepublik: Offene Fragen trotz ‚Forschungsboom‘*. In: Wilke, Jürgen (Hrsg.): *Zwischenbilanz der Journalistenausbildung*. München, S. 105-142.
- Holtz-Bacha, Christina (1990): *Ablenkung oder Abkehr von der Politik? Mediennutzung im Geflecht politischer Orientierungen*. Opladen.
- Jarren, Otfried (1994): *Kommt die Politik unter die Räder?* In: Bertelsmann Briefe, Heft 132, S. 7-9.
- Kepplinger, Hans Mathias (Hrsg.) (1979): *Angepaßte Außenseiter. Was Journalisten denken und wie sie arbeiten*. Freiburg/München.

- Kilz, Hans Werner (1995): Das Amt des Wächters. Über das Spannungsverhältnis zwischen Politik und Presse. In: Die Journalisten, Spiegel special 1, S. 12-15.
- Klages, Helmut (1981): Unbeabsichtigte Folgen staatlicher Selbstdarstellung als gesellschaftliches Stabilitätsrisiko. In: Klages, Helmut (Hrsg.): Überlasteter Staat - Verdrossene Bürger? Zu den Dissonanzen der Wohlfahrtsgesellschaft. Frankfurt a.M., S. 38-54.
- Noelle-Neumann, Elisabeth/Köcher, Renate (Hrsg.) (1993): Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1984 - 1992. München/New York/London/Paris/Allensbach a. B..
- Pöttker, Horst (1988): Legitimitätsdefizite und Fernsehen in der Bundesrepublik Deutschland. Das Medium als Instanz der politischen Sozialisation. In: Publizistik, 33. Jg., S. 505-519.
- Robinson, Michael J. (1976): Public Affairs Television and the Growth of Political Malaise: The Case of Selling the Pentagon. In: American Political Science Review, 70. Jg., S. 409-432.
- Rohrbach, Günter (1995): Was ist falsch an Scharpings Bart? Über die Flut der Bilder - und die Verantwortung der Produzierenden. In: SZ am Wochenende, Feuilleton-Beilage der Süddeutschen Zeitung, Nr. 41, 18./19.2., S. I.
- Schatz, Heribert/Adamczewski, Klaus/Lange, Klaus/Nüssen, Ferdinand (1981): Fernsehen und Demokratie. Eine Inhaltsanalyse der Fernsehnachrichtensendungen von ARD und ZDF vom Frühjahr 1977, Opladen.
- Voigt, Wilfried (1995): Maulkorb für Schweine. Oskar Lafontaines Angriff auf die Pressefreiheit. In: Die Journalisten, Spiegel special 1, S. 16-19.
- Weiß, Konrad (1993): Ethos der Medienmacher. In: Neue Zeit, Nr. 118, 24.5. 1993.
- Wildenmann, Rudolf (1989): Volksparteien. Ratlose Riesen? Baden-Baden.

Otfried Jarren · Heribert Schatz ·
Hartmut Weßler (Hrsg.)

Medien und politischer Prozeß

*Politische Öffentlichkeit
und massenmediale Politikvermittlung
im Wandel*

Westdeutscher Verlag

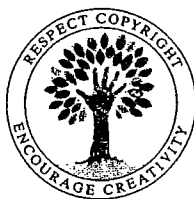
Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Medien und politischer Prozeß: politische Öffentlichkeit
und massenmediale Politikvermittlung im Wandel /**
Otfried Jarren ... (Hrsg.). – Opladen: Westdt. Verl., 1996
ISBN 3-531-12823-X

NE: Jarren, Otfried [Hrsg.]

Alle Rechte vorbehalten
© 1996 Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen

Der Westdeutsche Verlag ist ein Unternehmen der Bertelsmann Fachinformation.



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Horst Dieter Bürkle, Darmstadt
Druck und buchbinderische Verarbeitung: Lengericher Handelsdruckerei, Lengerich
Gedruckt auf säurefreiem Papier
Printed in Germany

ISBN 3-531-12823-X

Inhalt

<i>Otfried Jarren, Patrick Donges, Hartmut Weßler</i> Medien und politischer Prozeß Eine Einleitung.....	9
--	---

Teil I: Politikverdrossenheit und Skandale

<i>Hans Mathias Kepplinger</i> Skandale und Politikverdrossenheit - ein Langzeitvergleich.....	41
---	----

<i>Horst Pöttker</i> Politikverdrossenheit und Medien Daten und Reflexionen zu einem virulenten Problem.....	59
--	----

<i>Mike Friedrichsen</i> Politik- und Parteiverdruß durch Skandalberichterstattung?	73
--	----

<i>Fritz Plasser</i> TV-Confrontainments und Strategien populistischer Politikvermittlung in Österreich	95
---	----

<i>Peter Eps, Uwe Hartung, Stefan Dahlem</i> Von der Anprangerung zum Skandal Konsensbildung im Fall Werner Höfer	103
---	-----

<i>Thomas Geiger, Alexander Steinbach</i> Auswirkungen politischer Skandale auf die Karriere der Skandalisierten	119
---	-----

Teil II: Politische Akteure und politische Öffentlichkeit

<i>Barbara Pfetsch, Kerstin Dahlke</i> Politische Öffentlichkeitsarbeit zwischen Zustimmungsmanagement und Politikvermittlung Zur Selbstwahrnehmung politischer Sprecher in Berlin und Bonn.....	137
---	-----

<i>Günter Bentele, Stefan Seeling</i> Öffentliches Vertrauen als Faktor politischer Öffentlichkeit und politischer Public Relations Zur Bedeutung von Diskrepanzen als Ursache von Vertrauensverlust.....	155
<i>Winand Gellner</i> Demoskopie, Politik, Medien Anmerkungen zu einem problematischen Verhältnis.....	169
<i>Peter Szyszka</i> Medien politischer Selbstdarstellung oder politischer Kommunikation? Wahlwerbespots im Bundestagswahlkampf 1994	185
 Teil III: Formenwandel der massenmedialen Politikvermittlung	
<i>Frank Marcinkowski</i> Politikvermittlung durch das Fernsehen Politiktheoretische und konzeptionelle Grundlagen der empirischen Forschung.....	201
<i>Georg Schütte, Peter Ludes</i> Medienvertrauen und Schlüsselbildeerlebnisse Eine Analyse von Schlüsselbildern in U.S.-amerikanischen und bundesdeutschen Fernsehnachrichtensendungen.....	213
<i>Marion G. Müller</i> Das visuelle Votum Politische Bildstrategien im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf.....	231
<i>Ulrike Röttger, Hartmut Weßler</i> Interviewstile und das neue Politikbild im Fernsehen Situative Interaktionsbeziehungen in Politikerinterviews am Beispiel ZAK.....	251
<i>Adi Grewenig</i> Politikvermittlung und -aneignung durch Dokudramen? Gesellschaftliche Wirklichkeit im Deutungsprozeß des politischen Fernsehspiels.....	271
 Anhang	
<i>Nina Kreuzfeld, Verena Schmidt</i> Auswahlbibliographie: Politische Öffentlichkeit und massenmediale Politikvermittlung.....	289
Verzeichnis der Autoren und Autorinnen.....	315